

## **Deutschlands UN-Sicherheitsratniederlage: Eine strukturrealistische Analyse aus Sicht des Globalen Südens**

Zimkhitha Manyana, PhD

University of the Witwatersrand

[Zimkhitha.manyana@wits.ac.za](mailto:Zimkhitha.manyana@wits.ac.za)

Das Scheitern Deutschlands bei der Bewerbung um einen nicht-ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (UN-Sicherheitsrat) für die Amtszeit 2027–2028 wird vielfach als diplomatische Niederlage gewertet. Aus einer strukturrealistischen Perspektive ist dieses Ergebnis jedoch besser als Ausdruck systemischer Zwänge innerhalb der UN zu verstehen – und nicht als Anzeichen eines Machtverlusts oder einer gesunkenen Legitimität Deutschlands. In einem anarchischen internationalen System werden Entscheidungen in multilateralen Institutionen weniger durch Reputation geprägt als durch Verteilungspolitik, regionale Verhandlungsstrukturen und Koalitionsbildung.

Die Wahl fand innerhalb der Westeuropäischen und anderen Staatengruppe (WEOG) statt, in der Deutschland gegen Österreich und Portugal um lediglich zwei verfügbare Sitze konkurrierte. Dies schuf ein strukturell nullsummenartiges Umfeld, in dem ein Ausschluss zwangsläufig war. Deutschland erhielt letztlich 104 Stimmen – ein Ergebnis, das weiterhin auf erhebliche diplomatische Unterstützung hinweist, jedoch nicht ausreichte, um die notwendige Koalitionskonsolidierung für einen Wahlsieg zu erzielen (GermanPolicy.com, 2026; Nia, 2026). Demgegenüber verdeutlicht Simbabwe's Wahl mit 182 Stimmen im Rahmen der koordinierten Rotation der Afrikanischen Gruppe den strukturellen Vorteil regionaler Geschlossenheit in der UN-Wahlpolitik, bei der einheitliche Kandidaturen die Stimmenzersplitterung reduzieren.

Aus einer strukturrealistischen Perspektive spiegelt dieses Ergebnis die Logik relativer Gewinne wider: Staaten honorieren nicht einfach Fähigkeiten oder Status, sondern bewerten, wie eine Repräsentation den Einfluss innerhalb der Institution umverteilt. Deutschlands Stellung als führende EU- und G7-Volkswirtschaft sowie als viertgrößter Finanzbeitragszahler der UN fördert die Wahrnehmung, dass es in der globalen Governance bereits erheblichen strukturellen Einfluss ausübt (Bundesregierung Deutschland, 2021). Infolgedessen könnten einige Staaten eine „Korrektur“ der Repräsentation priorisieren, indem sie kleinere oder mittlere Mächte wie Österreich und Portugal bevorzugen – was eine Ausgleichslogik innerhalb der

institutionellen Auswahl widerspiegelt und kein Urteil über Deutschlands Diplomatie darstellt.

Die Kampagne Deutschlands wurde zusätzlich durch zeitliche und sequentielle Faktoren eingeschränkt. Obwohl Deutschland 2020 offiziell in das Rennen einstieg, verfügten Österreich und Portugal über länger etablierte diplomatische Netzwerke und Stimmentausch-Vereinbarungen, die bei UN-Sicherheitsratswahlen entscheidend sind, da die Ergebnisse von einem nachhaltigen reziproken Verhandlungsprozess abhängen (GermanPolicy.com, 2026; Nia, 2026). Wolfgang Ischingers Einschätzung, wie sie in diplomatischen Kommentaren zum Ausdruck kommt, unterstreicht, dass Deutschlands Niederlage eher symbolischer als materieller Natur war – was die These bestärkt, dass Wahlergebnisse durch langfristige Positionierung und nicht durch kurzfristige Kampagnenintensität geprägt werden (Nia, 2026).

Ein weiterer struktureller Faktor liegt im transaktionalen Charakter von UN-Sicherheitsratswahlen. Kuziemko und Werker (2006) zeigen, dass eine Mitgliedschaft im Sicherheitsrat messbare materielle Anreize generiert – darunter eine 59-prozentige Erhöhung der US-Auslandshilfe und eine achtprozentige Steigerung der UN-Unterstützung während der Amtszeit. Dies bestätigt, dass das Abstimmungsverhalten häufig durch strategischen Austausch und nicht durch normative Ausrichtung geprägt ist. Deutschland, als bedeutender Geberstaat, ist weniger auf solche Anreize angewiesen, was es in einem System, in dem Stimmentausch und Gegenseitigkeit zentrale Auswahlmechanismen darstellen, in eine relative Nachteilsposition bringt.

Aus einer breiteren systemischen Perspektive spiegelt Deutschlands Niederlage auch den Wandel der Erwartungen an die Repräsentation in multilateralen Institutionen wider. Deutschland nimmt bereits eine dominierende Position innerhalb der Europäischen Union und der NATO ein, und sein multilateraler Ansatz – von der Bundesregierung als „Multilateralismus für die Menschen“ beschrieben – betont regelbasierte Governance und institutionelle Führung statt positionaler Knappheit (Bundesregierung Deutschland, 2021). Dies verstärkt die Wahrnehmung einer Überrepräsentation großer Mächte und trägt zu dem bei, was man als „Großmachtmüdigkeit“ in der UN-Wahlpolitik bezeichnen kann.

Gleichzeitig hebt die afrikanische Diplomatie ein alternatives Modell koordinierter Repräsentation hervor. Das Rotationssystem der Afrikanischen Gruppe, unterstützt durch die in dem Bericht „Amani Africa (2026) Intergovernmental Negotiations“ skizzierten Reformprozesse, demonstriert eine kohärentere Blockstrategie als die Zersplitterung innerhalb der WEOG. Dies stärkt die langjährigen afrikanischen Forderungen – wie im Ezulwini-Konsens artikuliert – nach einer ständigen afrikanischen Repräsentation als Teil einer gerechteren Sicherheitsratsstruktur. In diesem Sinne ist Deutschlands Niederlage weniger bedeutsam als der umfassendere strukturelle Konflikt um Repräsentation und Legitimität bei der Reform der globalen Governance.

Schließlich verändert Deutschlands Niederlage seine systemische Position nicht wesentlich. Bunde und Eisentraut (2020) argumentieren, dass Deutschland als „Enabling Power“ innerhalb Europas fungiert – es gestaltet Normen, Institutionen und kollektive Politikrahmen, anstatt sich auf episodische institutionelle Sitze zu verlassen. Aus einer strukturrealistischen Perspektive bestärkt dies die Unterscheidung zwischen institutioneller Repräsentation und systemischer Macht, wobei Letztere unabhängig von Wahlergebnissen weitgehend unverändert bleibt.

Letztlich ist Deutschlands Scheitern bei der Erlangung eines UN-Sicherheitsratssitzes am besten nicht als diplomatischen Rückgang, sondern als strukturelles Ergebnis der UN-Wahlpolitik zu verstehen. Es spiegelt systemische Zwänge, regionale Asymmetrien beim Verhandeln sowie die anhaltende Spannung zwischen materieller Macht und repräsentativer Legitimität in der globalen Governance wider.

---

## Literaturverzeichnis

- Amani Africa (2026) Recent developments and current state of the Inter-Governmental Negotiation (IGN) of the General Assembly. *Ideas Indaba*, 5. März.
- Bunde, T. und Eisentraut, S. (2020) *The Enabling Power: Germany's European Imperative*. Munich Security Brief. München: Munich Security Conference.
- Bundesregierung Deutschland (2021) *Ein Multilateralismus für die Menschen: Weißbuch der Bundesregierung*. Berlin: Auswärtiges Amt.
- GermanPolicy.com (2026) „German Security Council bid falls short“, *GermanPolicy.com*, 3. Juni.
- Kuziemko, I. und Werker, E. (2006) „How Much Is a Seat on the Security Council Worth? Foreign Aid and Bribery at the United Nations“, *Journal of Political Economy*, 114(5), S. 905–930.
- Nia, O.T. (2026) „Germany concedes 'bitter defeat' after failed bid for non-permanent seat on UN Security Council“, *Anadolu Agency*, 3. Juni.